

Frage der Erhöhung näherzutreten und eine Prüfung und Beschlusfassung vorzunehmen. Die Form einer einfachen Entschliebung war deshalb gewählt worden, weil nach der Notstandsordnung dem Vorstand des Börsenvereins die Beschlusfassung zufallen sollte, und weil die Antragsteller nicht gegen den Vorstand unfreundlich erscheinen wollten mit einem Antrag, der dem Vorstand dieses Recht aus den Händen nahm. Um dem Vorstand des Börsenvereins seine Prüfung und Entschliebung zu erleichtern und überhaupt möglich zu machen, hat der Vorstand der Buchhändlergilde einen Fragebogen ausgearbeitet und an die Mitglieder versandt, der feststellen sollte,

1. welche Umsatzsteigerungen im Sortiment seit 1917 zu verzeichnen sind,
2. welche Unkostensteigerung in derselben Zeit vorgekommen ist und
3. wie der Reingewinn sich gestaltet hat unter Berücksichtigung der veränderten Lebenshaltung.

Der Fragebogen hat ein Ergebnis gezeitigt, auf das ich später noch zurückkommen werde. Etwas später als wir hat auch der Vorstand des Börsenvereins einen Fragebogen an eine große Anzahl seiner Mitglieder versandt. Dieser war in der Fragestellung wesentlich anders als der unsrige. Er stellte Fragen, die u. E. äußerst schwierig zu beantworten waren, die die Einsicht in die geschäftlichen Betriebe so unangenehm gestaltet hätte, daß die größere Zahl der Befragten den Börsenverein überhaupt ohne Antwort gelassen hat, bzw. Antworten gab, die ungenügend waren, aus denen ein Ergebnis nicht herausgenommen werden konnte. Immerhin konnten an der Hand der Antworten, die auf unseren Fragebogen und den des Börsenvereins eingegangen waren, folgende Ergebnisse mit Sicherheit festgestellt werden: Der Umsatz gegen 1917 hat eine Steigerung von soundsobiel Prozent, wie ich noch ausführen werde, erlebt; die Unkosten haben sich um soundsobiel gesteigert, die Lebenshaltung hat sich um soundsobiel Prozent verteuert. Diese Ergebnisse waren mit Sicherheit aus dem Material, das vorlag, zu entnehmen. Ergab nun dieses Material und ergaben diese Feststellungen eine Senkung des Reingewinns des Sortimenters, immer unter Berücksichtigung der veränderten Lebenshaltung und der Entwertung des Geldes, so besonders, was das Konto Gehälter und Löhne betrifft, so war die Erhöhung des Teuerungszuschlags ohne weiteres gegeben. Da es keinen kaufmännischen Beruf gibt, der eine so gewaltige Unkostensteigerung und eine so große Verschiebung des Geschäftsergebnisses, wie wir durch die Tarifverträge und die Steuern haben, aus eigener Tasche bezahlt — wir wissen von jedem Beruf, daß er diese Unkosten von vornherein abzuwälzen versucht —, so durften wir Vorstandsmglieder der deutschen Buchhändlergilde, als wir zum 4. Juli zu einer Besprechung mit dem Vorstand des Börsenvereins und des Verlegervereins nach Leipzig berufen wurden, mit Sicherheit annehmen, daß diese Versammlung nicht unkaufmännischer sein werde als das im Kaufmannsstande allgemein üblich, ja erlaubt ist. Wir waren also aufs höchste überrascht, als wir wenige Tage, bevor wir nach Leipzig fuhren, ein 29 Seiten starkes Aktienstück von Leipzig erhielten, das von Herrn Dr. Adermann gezeichnet war und das mit Bienenfleiß und großem Eifer alles zusammentrug, was gegen eine Erhöhung des Teuerungszuschlags sprach und sprechen konnte, dabei mit ebensolchem Eifer das verschwie, was nur im entferntesten für die Erhöhung hätte sprechen können. In dieser Enttäuschung konnten wir uns nur einer Hoffnung hingeben, daß nämlich der Vorstand des Börsenvereins, der als oberste und unseres Erachtens objektive Behörde die Sache zu prüfen hatte, diesem Aktienstück fernsehen möge. Auf eine Anfrage, die wir an den Börsenverein richteten, wurde uns ausdrücklich bestätigt, daß Herr Dr. Adermann mit der Erstattung dieses Gutachtens nicht beauftragt worden sei, sondern auf eigene Faust gehandelt habe; Herrn Dr. Adermann sei seitens des Börsenvereins das Bedauern ausgesprochen worden, wie er eine so einseitige Arbeit hätte ausgeben können, und es wurde betont, daß keins der Vorstandsmglieder Kenntnis von dieser Arbeit gehabt habe.

Als wir nach Leipzig kamen, fanden wir ein zweites, 16 Seiten starkes Aktienstück als Ergänzung, wieder von Dr. Adermann,

vor, in dem Herr Dr. Adermann im Anschluß an die Erklärung des Herrn Hofrat Dr. Meiner erklärte, daß er ganz allein gehandelt und ohne jede Kenntnis eines Mitglieds des Vorstands des Börsenvereins diese Arbeit verfaßt habe. Wir waren erfreut über diese Feststellung, mußten aber in der Sitzung vom 4. Juli selbst auf unsere Rückfrage, auf mehrfache, sehr dringende Rückfrage endlich seitens des Vorstehers des Börsenvereins und Herrn Dr. Adermann die Antwort erhalten, daß die schriftlich gemachten Ausführungen irrtümlich gewesen seien, und daß die Beeinflussungsarbeit des Herrn Dr. Adermann bestellte Arbeit des Börsenvereins gewesen war. Von diesem Augenblick an konnte von einem Vertrauen in die Objektivität und die Urteilsfreiheit des Börsenvereins keine Rede mehr sein, und mir wenigstens unterlag es keinem Zweifel mehr, daß der Vorstand des Börsenvereins nach einigen Versuchen, die Angelegenheit hinauszuschieben, zu einem glatten Nein kommen werde.

Die Erklärung für dieses für mich schon in der Ostermesse feststehende Nein ist m. E. hauptsächlich in der Gegnerschaft zu suchen, die ein großer Teil des Verlags und insbesondere der wissenschaftliche Großverlag der Erhöhung des Teuerungszuschlags grundsätzlich entgegengesetzt. Bereits in der Ostermesse 1919 hat in der gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände der Hauptvereine, des Börsenvereins, der Gilde und des Verbands der Vertreter des Verlegervereins erklärt, daß er grundsätzlich jeder Erhöhung der Teuerungszuschläge widersprechen werde; grundsätzlich heißt soviel: die Spesen mögen sich erhöhen, soviel sie wollen, der Verlegerverein wird immer nein sagen, wenn es gilt, den Teuerungszuschlag zu erhöhen. Der Verlegerverein sei deswegen dagegen, weil er in ihm eine abträgliche Verteuerung des Buches sehe, was natürlich nicht zu bestreiten ist, und in der Hauptsache deshalb, weil er sich das Recht der Bestimmung von Laden- und Nettopreis nicht nehmen lassen wolle. Auf Grund dieser Entschliebung des Verlegervereins, der in Verfolgung seiner eigenen Interessen das Interesse des Sortimenters aufs Spiel setzt, hat der Vorstand des Verlegervereins bei allen möglichen Gelegenheiten es versucht, den Vorstand des Börsenvereins zu beeinflussen, daß er sich in seiner Meinung ihm anschließen und die Interessen des Sortimenters hintanziehen möge. Wer das Vorgehen des Verlegervereins in der letzten Ostermesse verfolgt hat — und die Herren sind beinahe alle Zeuge gewesen —, wer den Brief gelesen hat, den die Herren Dr. de Gruyter und Dr. Springer an den Vorstand des Börsenvereins gerichtet haben, der konnte keinem Zweifel sich hingeben, welchen Weg der Verlegerverein zu gehen gesonnen sei, und wie er sich dem Sortimenter gegenüber stellen werde. Diese uns allen jetzt bekannte Gegnerschaft des Verlags gegen den Teuerungszuschlag überhaupt, ganz besonders aber gegen seine Erhöhung ist um so unverständlicher und unerfreulicher, als gerade die lautesten Rufer für sich die höchsten Verlegerzuschläge verlangen, daß sie ihre Interessen in jeder Weise vertreten, daß sie Teuerungszuschläge berechnen in einer Höhe, wie wir es bisher nicht für möglich gehalten haben. Ich möchte nur kurz einige Beispiele anführen: Ich möchte erwähnen die Firmen Ernst & Sohn, Fischer, Oldenbourg, Teubner, Velhagen & Klasing, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. Diese Verleger, die die lautesten Rufer im Streite mit dem Sortiment sind, erheben Teuerungszuschläge in Höhe von 40—50%, auch auf ihre alte Produktion, während ebenso bedeutende Firmen wie Beck, Engelmann, Enke, Kröner, Parey, Urban & Schwarzenberg, Weidmann und andere, deren Namen man niemals unter diesen berüchtigten Brandnoten findet, sich mit Zuschlägen von 10—20% begnügen. Sollte diese eigentümliche Verschiedenheit in der Aufschlagerhebung und in der Stellungnahme gegenüber dem Sortiment wirklich eine rein zufällige sein? Ich glaube, niemand in diesen Kreisen wird dem beipflichten können. Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier nicht ein urfächlicher Zusammenhang zu finden sei, denn unter so verschiedenen wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten diese Gruppen nicht.

Und, meine Herren, hat nun jemals jemand von Ihnen gehört, daß der Vorstand des Börsenvereins einen Protest eingelegt hätte gegen einen Verlegerzuschlag von 40, 50 und mehr Prozent? Glauben Sie nicht, daß der Vorstand des Börsenvereins, wenn